

Jahr des Aufbruchs gestartet

MAGAZIN

Januar/Februar 2022 • 72. Jahrgang



> Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich wünsche Ihnen namens des Bundesvorstandes und des vbob Teams ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr 2022!

In diesem Jahr werden einige wichtige Zukunftsfragen diskutiert werden. Dies geschieht einerseits ausgelöst durch die neue Bundesregierung, andererseits durch die Gewerkschaften, die aus Anlass der in diesem Jahr bevorstehenden Gewerkschaftstage Forderungen gegenüber der neuen Bundesregierung erheben werden. Die politischen Debatten werden auch mitgliederrelevante gesellschaftliche Fragestellungen erfassen, wie zum Beispiel die bevorstehende Debatte über eine Impfpflicht in Deutschland oder die Frage der nachhaltigen und zugleich für Bürgerinnen und Bürger bezahlbaren Energieversorgung.

Die Gewerkschaften, hier der vbob als auch unsere Dachorganisation dbb, werden die Debatte über die zukünftige Arbeit im öffentlichen Dienst führen, sei es im Hinblick auf die durch die Ampelregierung erneut bekundeten Digitalisierungspläne oder die Attraktivität der Arbeit im öffentlichen Dienst insbesondere im Hinblick auf den demografischen Wandel und circa 1,8 Millionen Verrentungen beziehungsweise Pensionierungen in den nächsten zehn Jahren. Im Rahmen der digitalen Jahrestagung des dbb hat die neue Bundesministerin des Inneren und für Heimat, Nancy Faeser, die aus ihrer Sicht wichtigen Punkte für die begonnene Legislaturperiode vorgetragen. Ihre unter Finanzierungsvorbehalt durch den Bundesfinanzminister gestellte Bereitschaft, sich für die amtsangemessene Alimentation und notwendige Investitionen im öffentlichen Dienst einzusetzen, wurde im Nachgang gleich beim nächsten Besucher abgefragt.

Der neue Bundesfinanzminister hat neben dem Bekenntnis für das Berufsbeamtentum und der Bestätigung der zwei Versicherungssysteme insbesondere auf den Plan der Einhaltung der Schuldenbremse ab 2023 verwiesen. Was prioritär sei, müsse finanziert werden – gegen Einsparung an anderer Stelle ...

Ein positives Signal bezogen auf die bekanntermaßen in 2023 zu führenden Tarifverhandlungen mit Bund und Kommunen sieht anders aus.

Was diese ausweichende Antwort für die gleiche Bundesregierung bezüglich der im Koalitionsvertrag und in der Rede der Bundesinnenministerin angekündigter Verbesserungen im öffentlichen Dienst und für die dort beschäftigten Kolleginnen und Kollegen bedeutet, bleibt abzuwarten. Wir werden die Bundesregierung jedenfalls an ihren Aussagen und den folgenden Taten messen.

Im Juni werden wir im Rahmen des Bundesvertretertages in Hamburg über die personelle wie auch die inhaltliche Aufstellung des vbob befinden. In Hamburg bestimmen die Delegierten auf Basis der eingereichten Anträge den Weg des vbob über die nächsten fünf Jahre. Somit tragen alle Mitglieder gleichsam Verantwortung für die inhaltliche Aufstellung des vbob. Damit ein Aufbruch in die Zukunft gelingen kann, braucht es Ihre Mitwirkung, Ihre Mitarbeit.

Ein Jahr des Aufbruchs wird 2022 somit in politischer wie gewerkschaftlicher Hinsicht sein. Lesen Sie hierzu den Leitartikel dieser Ausgabe unseres Magazins.

Einen Blick zurück werfen wir in dieser Ausgabe auch auf die letzte virtuelle Veranstaltung im Rahmen des Jubiläumsjahres. Lesen Sie hier einen kurzen Bericht über die Diskussion zum Koalitionsvertrag im Dezember.

Ein Thema, welches auch mir große Sorgen bereitet, ist die zunehmende Gewalt in der Auseinandersetzung zu unterschiedlichen Meinungen – augenblicklich zu sehen an der Diskussion und den Meinungsäußerungen zu den pandemiebedingten Maßnahmen.

Die Meinungsfreiheit ist wichtiger Teil des Fundamentes unserer Gesellschaft. Menschen mit abweichenden Meinungen müssen einander tolerieren und akzeptieren. Wenn eine Minderheit allerdings glaubt, dass die eigene Meinungsfreiheit auch Gewalt gegen Beschäftigte des Staates und seiner Politikerinnen und Politiker rechtfertigt, dann ist das nicht tolerabel und muss mit aller Konsequenz verfolgt und öffentlich verurteilt werden.

Ich wünsche mir auch in dieser Hinsicht ein Jahr des Aufbruchs und der Solidarität der demokratischen Kräfte in unserer Gesellschaft mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Bleiben Sie gesund und zuversichtlich!

Beste Grüße
Ihr

Frank Gehlen
Bundesvorsitzender

> Inhalt

> Jahr des Aufbruchs gestartet	4
> Veranstaltungsreihe #vbob70 vbob diskutiert Koalitionsvertrag	9
> Kommentierte Pressestimmen	10
> Seminarangebote 2022	12

> dbb	
> nachrichten	13
> dbb Jahrestagung 2022 Politischer Auftakt: Einfach machen – Investition und Innovation für unser Land	14
> Reguläre und irreguläre Migration: Wie gut sind Deutschland und Europa vorbereitet?	18
> Deutschland nach der Wahl: Kommt jetzt die Verwaltungsdigitalisierung?	21
> Politik und moderner Staat: Bürgernah, leistungsstark, klimaneutral?	23
> interview Nancy Faeser, Bundesministerin des Innern und für Heimat	26
> Beschäftigten-Befragung Bleibebarmeter öffentlicher Dienst	28
> europa – Gespräch mit Sabine Thillaye, Vorsitzende des Ausschusses der französischen Nationalversammlung für EU-Angelegenheiten	30
> europa – Nachgefragt bei den europapolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen	32
> frauen Politikwissenschaftlerin Emilia Roig über intersektionale Gerechtigkeit: Keine Gesellschaft ohne Ungleichheiten	34
> dbb akademie	38
> dbb vorsorgewerk	40
> dbb Broschüre Monitor öffentlicher Dienst 2022	41
> dbb Dialog Studie „Verwaltung in Krisenzeiten #2“	42

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzender:** Frank Gehlen. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** Hagen Immel, AdobeStock, Marco Urban, Fotolia. **Titelbild:** GIS/Fotolia

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 39,50 Euro zzgl. 7,50 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,40 Euro zzgl. 1,50 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, MediaCenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 63** (dbb magazin) und **Preisliste 42** (vbob Magazin), gültig ab 1.1.2022. **Druckauflage dbb magazin:** 554157 (IVW 4/2021). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**

© Kurhan/stock.adobe.com



Jahr des Aufbruchs gestartet

Das Jahr 2022 wird in vielerlei Hinsicht ein Jahr des Aufbruchs werden. Nicht nur, dass sich die neue Bundesregierung inzwischen in der Verantwortung für Deutschland befindet, sondern auch die in der Geschichte erste Frau an der Spitze des Bundesinnenministeriums, Nancy Faeser, hat ihre Arbeit aufgenommen. Einen ersten Eindruck von ihr persönlich wie auch von ihren Plänen konnte man im Rahmen der virtuellen Jahrestagung des dbb am 10. Januar gewinnen. Befragt durch dbb Chef Ulrich Silberbach, wie sich das von der Ampelregierung formulierte Jahrzehnt der Investitionen auf den öffentlichen Dienst (öD) auswirkt, versprach sie Unterstützung ihrerseits bei entsprechender Budgetierung durch den Bundesfinanzminister.

Ihre Pläne für die Legislaturperiode fasste die Ministerin in zehn Punkten zusammen, der Verantwortung der Tarifpartner für den nachhaltigen Angang an die Arbeitsbedingungen und Belastungssituationen, der verfassungsmäßigen Besoldung, wie sie das

Bundesverfassungsgericht in seinen Urteilen eingefordert hat, der Sicherung der attraktiven Grundlagen von Beschäftigung im öffentlichen Dienst, wie zum Beispiel Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mobiler Arbeit und Homeoffice.



© Marco Urban

> Bundesinnenministerin
Nancy Faeser

Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes widere sie an und müsse dringend vermieden werden, zum Beispiel durch die von ihr beabsichtigte Verstärkung von Präventionsmaßnahmen. Rechtsextremismus verurteilte sie ebenso wie sie glasklar ansagte, dass die wenigen Fälle im öffentlichen Dienst aus diesem entfernt werden müssen.

Im Zusammenhang mit der Digitalisierung forderte die Ministerin einen digitalen Aufbruch. Die geplante Modernisierung des Staates gehe nur über den öD. Eine Digitalagentur müsse dabei auch ebenenübergreifend Einfluss nehmen können, daher werde die Föderale IT-Kooperation (FITKO) personell und finanziell gestärkt. Eine ehrliche Bestandsauf-

nahme sei vorab ebenso erforderlich.

Aus- und Fortbildung müsse man zusammen denken. Lebenslanges Lernen müsse ein Kernbestandteil der Ausbildung sein, ebenso wie digitale Kompetenzen in der Hochschule des Bundes vermittelt werden müssten. Eine Digitalakademie sei ein diesbezügliches Vorhaben der Bundesregierung.

Interessant war auch die Absicht der Ministerin, das Personalmanagement der Bundesregierung zu bündeln. Das BMI solle nach ihrer Vorstellung Muster und Profile für Personalmanagement den Ressorts zur Verfügung stellen. Die Bündelung von Personalentwicklung wird unter diesem Aspekt ein spannender Punkt.



Die auch seitens des vbob oftmals öffentlich kritisierte Problematik der „41-Stunden-Woche“ möchte die Ministerin durch Lebensarbeitszeitkonten lösen. Zum Schluss versicherte die Ministerin, dass es im Wettbewerb um die besten Köpfe egal sei, welches Geschlecht und welche Herkunft die Bewerberinnen und Bewerber mitbrächten.

■ vbob Bundesvertretertag

Für den vbob sind die vorgenannten Punkte der neuen Bundesinnenministerin eine Orientierung, an welcher Stelle wir mit welcher Haltung aus dem BMI werden rechnen können. Aufgeschlossenheit gegenüber Argumenten zählen wir allerdings auch zu ihrer Eigenschaft, wie unsere Initiative zugunsten der Kraftfahrer zum Ende des letzten Jahres gezeigt hat.

Im Juni 2022 findet der Bundesvertretertag des vbob in

Hamburg statt. Die Fachgruppen und die Mitglieder sind aufgefordert, bis 31. März Anträge an die Bundesgeschäftsstelle zu senden, die auf dem Bundesvertretertag durch Beschlussfassung zum Programm des neugewählten Bundesvorstandes des vbob für die nächsten fünf Jahre werden. Das Motto des Bundesvertretertages „Attraktive Arbeit – Digitale Zukunft“ umfasst den kompletten thematischen Bogen der Beschäftigung in der Bundesverwaltung. Die neue Bundesinnenministerin hat dabei ebenfalls für den vbob wichtige Punkte adressiert.

Zudem hat dbb Chef Ulrich Silberbach in seiner Rede die Attraktivitätselemente für Arbeit in der Bundesverwaltung fast wortgleich mit den Veröffentlichungen des vbob für prioritär erklärt. Dies sind durchweg Ziele zur Verbesserung der Attraktivität der Bundesverwaltung: Flexible Arbeitszeitmodelle, sinnstif-

tende Arbeit, flexible Arbeit wie mobiles Arbeiten und Homeoffice.

Aber auch die Forderung nach einer neuen Vertrauenskultur, die Aussage, dass Hierarchie kein Selbstzweck ist und dass eine adäquate technische Ausstattung Aufgabe der Arbeitgeber ist, teilen wir. Die notwendige Aufgabenkritik und die Entwicklung von Führungsprinzipien sind Instrumente, den öffentlichen Dienst in die Zeit zu stellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesverwaltung sind ebenso wie die Kolleginnen und Kollegen der Länderverwaltungen und Kommunen keine Blitzableiter für die politisch beschlossenen Maßnahmen.

Neben den hoffentlich zahlreich gestellten Anträgen zu attraktiven Arbeitsbedingungen in der Bundesverwaltung wird es beim Bundesvertretertag auch vbob intern einen Aufbruch geben. Das höchste Gremium des vbob

wird neben den Anträgen zu Inhalten und Regelwerken auch Wahlen für Funktionen im vbob durchführen. Dazu zählen neben dem gesamten Bundesvorstand auch die Mitglieder der Finanzkommission, die Rechnungsprüfer und die Mitglieder des Schiedsgerichts.

Erfreulicherweise haben viele Gremienmitglieder ihre Bereitschaft zur erneuten Kandidatur erklärt. Grundsätzlich können alle Mitglieder des vbob – idealerweise in Absprache mit ihrer/ihrer Fachgruppenvorsitzenden – für alle Funktionen im vbob kandidieren. Wer Interesse an der Mitarbeit in den beim Bundesvertretertag zu wählenden Gremien hat, kann sich gerne schriftlich oder in einem Telefonat/Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden informieren.

In Hamburg legt sich der vbob auf Beschluss des Bundesvertretertages von 2018 programmatisch und perso-

Veranstaltungsreihe #vbob70

vbob diskutiert Koalitionsvertrag

Anlässlich der letzten virtuellen Veranstaltung im Rahmen des Jubiläumsjahres „70 Jahre vbob“ diskutierten die Teilnehmenden über die Inhalte des Koalitionsvertrages „Mehr Fortschritt wagen“ der Ampelkoalition.

Zu den Passagen des Vertrages, die die Flexibilisierung von Arbeit adressieren, wurde auch aufgrund der bisherigen Erfahrungen der Anwesenden in ihren Behörden auf die dringend notwendigen Unterscheidungen zwischen den Begrifflichkeiten Homeoffice, mobiles Arbeiten und Telearbeit hingewiesen. Die Folgen je nach Verwendung der Begriffe unterscheiden sich auf Ebene der Ansprüche und des Arbeitsschutzes. So wurde über notwendige Anpassungen bei ergonomischer Ausstattung, Versicherungsfragen, Erfordernisse aufgrund aktueller Rechtsprechung zu Wegeunfällen sowie die Novellierung des Reisekostenrechts ebenso diskutiert wie die derzeit offene Frage des Umgangs mit den Folgen beziehungsweise der Prävention von Entgrenzung.

Die im Koalitionsvertrag enthaltene Experimentierklausel für Arbeitszeitflexibilisierung, konkret die Ermächtigung zur Vereinbarung einer längeren

täglichen Arbeitszeit wurde vor dem eingangs Beschriebenen gleichfalls als Chance und Risiko bewertet.

Rente und Versorgung sind nach Erwartung der Teilnehmenden weitere große Themen, um die sich die Politik seit vielen Jahren drückt. Die Erwartung wurde formuliert, dass die neue Koalition sich endlich dieser für alle Altersgruppen wichtigen Zukunftsfrage widmen soll. Das beschlossene 10-Milliarden-Paket für die fondsgebundene Rente löse nicht das Problem der Rente durch den begonnenen demografischen Wandel und sei im Hinblick auf die jährlichen staatlichen Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt in die Sozialsysteme allenfalls einen Tropfen auf den heißen Stein für die jüngere Generation.

Die Aufgabe der Sozialpartner muss hierbei auch die Prävention von Altersarmut im Sinne der Aufklärung über Risiken für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes umfas-

sen. Die diesbezüglichen Angebote für Mitglieder des vbob durch die Partner im dbb vorsorgewerk auch hinsichtlich der Beratung zu sogenannten Versorgungslücken sei Teil der Aufklärung.

Ein weiteres Megathema für die Beschäftigten der Bundesverwaltung verorteten die Teilnehmenden bei der Frage der Wohnungsversorgung insbesondere in Ballungszentren. Sie forderten erneut die bereits in einem Entwurf der Vorgängerregierung enthaltenen Ansätze einer Regional- oder Ballungsraumzulage für die betroffenen Beschäftigten.

Da auch die Behörden der Bundesverwaltung in größerem Umfang in Städten mit angespannten Wohnlagen verortet seien, könnte es ne-

ben der Frage der kostenaufwendigen Betreuung von Kindern ein weiterer Baustein für potenziell Interessierte an der Bundesverwaltung sein, sich im Wettbewerb der Arbeitgeber gegen eine Beschäftigung in einer Bundesbehörde zu entscheiden. Dies verstärke den Fachkräftemangel insbesondere im Hinblick auf ortsgebundene Aufgabenerledigung zusätzlich.

Die Bekenntnisse der Koalition zur Gewerkschaftsarbeit und Tariftreue begrüßten die Anwesenden. Mit Blick auf die Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen im Frühjahr 2023 wurden entsprechende Erwartungen an den vbob und die Verhandlungspartner, auch vor dem Hintergrund der augenblicklich weiter steigenden Inflationsrate, formuliert. *fg*

© Bertold Werkman/stock.adobe.com

© Andrey Popov/stock.adobe.com



© Björn Wylezich/stock.adobe.com (2)

Kommentierte Pressestimmen

Alljährlich trommelt der dbb kurz nach Jahreswechsel zur traditionellen Jahrestagung – in diesem Jahr unter dem Motto „Einfach machen – Investition und Innovation für unser Land“. Die Pandemie zwang die Veranstaltung, die eigentlich von persönlichen Zusammenkünften und der Möglichkeit zu Vernetzung lebt, auch in diesem Jahr wieder in den virtuellen Raum. Für ausführliche inhaltliche Berichte blättern Sie bitte einfach ein paar Seiten weiter. Wir wollen an dieser Stelle beleuchten, welches Pressecho die Veranstaltung fand.

Mit markigen Sprüchen wartete der dbb Vorsitzende Ulrich Silberbach auf, die von den Medien aufgegriffen wurden. Er hatte Bund und Ländern ein verheerendes Zeugnis beim Krisenmanagement in der Coronapandemie ausgestellt. Die Menschen seien mit teils „widersprüchlichen und widersinnigen Maßnahmen und Ansagen“ kirre gemacht worden, so Silberbach. Dabei sei der Eindruck erweckt worden, „dass in diesem Land jeder Kindergeburtstag besser organisiert ist als das staatliche Krisenmanagement“. Silberbach warf der Politik „Saumseligkeit und Begeisterung für schwarze Nullen“ vor. Deshalb sei es über Jahre versäumt worden, die Behörden und Verwaltungen krisenfest aufzustellen. Deswegen dürfe man sich nun nicht wundern, „dass Marokko das Impfen besser hinkriegt als

„Einfach machen – Investition und Innovation für unser Land“

Motto der dbb Jahrestagung

wir“. Der öffentliche Dienst sei an allen Ecken und Enden mit zu vielen Aufgaben für zu wenig Personal, mit veralteter Ausstattung sowie mit zu vielen bürokratischen Vorgaben konfrontiert. „Heute sind wir das Land der Funklöcher und Sicherheitslücken“, sagte Silberbach. „Ein Termin beim Bürgeramt ist vielerorts Glückssache.“ Und fast die Hälfte des Lehrpersonals habe keinen eigenen Dienstrechner oder belastbare Netzanbindung in der Schule. Silberbach forderte: „Wir brauchen einen klaren

Schnitt in Sachen Staat, um all diesen Fehlentwicklungen nachhaltig Einhalt zu gebieten.“ (So zum Beispiel Passauer Neue Presse, FAZ, ntv, und weitere.)

Als eine der Lösungen schlug der dbb Chef die Einrichtung eines eigenen Bundestagsausschusses für die Belange des öffentlichen Dienstes vor. Dabei blieb allerdings offen, welche neuen Lösungsansätze durch die Einrichtung eines weiteren Gremiums entstehen sollen. Die Bestandsaufnahme ist klar. Es fehlt Personal – ak-

tuell rund 330 000 Beschäftigte und etwa 1,3 Millionen Beschäftigte sind über 55 Jahre alt und werden in den nächsten Jahren in den Ruhestand eintreten. Nach „einfach machen“ getreu dem Jahrestagungsmotto klingt ein neuer Ausschuss jedenfalls nicht. Aber es wäre auch an der Politik, konkrete Antworten auf diese Herausforderungen im Staatswesen zu liefern.

Finanzminister Lindner hat seine Rolle schnell gefunden und wies mit Blick auf die Finanzspielräume darauf hin, dass nicht alles, was wünschenswert ist, auch sofort umgesetzt werden könne. Damit es auch niemand überhören konnte, sogar mehrmals (Rheinpfalz). Schwerpunkte sollten nach Auffassung des Bundesfinanzministers auf zukünftige Technologien und die Ertüchtigung des Staates gelegt werden. „Wenn man investieren will und den Staat handlungsfähig machen will, muss anderes zurückstehen.“ Linder bekräftigte sein Ziel, die Schuldenbremse vom nächsten Jahr an wieder voll einzuhalten (Passauer Neue Presse).

Das ist mit Blick auf die Lasten künftiger Generationen gewiss

ein berechtigtes Ziel. Die Verwaltung der Bundeshauptstadt Berlin sollte allen Sparpolitikern dabei ein mahndendes Beispiel sein, welches allen Berlinerinnen und Berlinern leidvoll vor Augen führt, wie schwer es sein kann, einen geschundenen Personalkörper wieder auf Vordermann zu bringen. Passend also, dass auch die neue Regierende Bürgermeisterin der Bundeshauptstadt, Franziska Giffey, zu Gast war.

Giffey lobte die Arbeit der Verwaltung in der Pandemie. „Wir haben gesehen, dass in der Pandemie eine handlungsfähige Verwaltung noch umso wichtiger ist.“ Viele Beschäftigte hätten laut einer Studie in der Krise eine höhere Arbeitslast geschultert und sich flexibel gezeigt. „Der öffentliche Dienst hat dazu beigetragen, dass Deutschland an vielen Stellen die Krise auch gut gemeistert hat“ (RTL.de).

An dieser Stelle sei ergänzt, dass dies nicht nur auf die aktuelle Krise zutrifft.

Zu Gast war auch die neue Bundesministerin des Innern und für Heimat, also ebenfalls Dienstrechtsministerin, Nancy Faeser. Sie blieb Ihnen von Beginn der Amtsübernahme ge-

setzten Schwerpunktthema der (Rechts-)Extremismusbekämpfung treu und hat beim dbb auch ein entschlossenes Vorgehen gegen Extremisten im öffentlichen Dienst angekündigt. Gleichzeitig betonte die SPD-Politikerin bei der Jahrestagung des dbb beamtenbund und tarifunion am Montag in Berlin, viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes wüchsen in der Pandemie täglich über sich hinaus. „Viele halten tagtäglich den Kopf hin“ (RTL.de).

Auf die Herausforderung, in Zukunft ausreichend gutes Personal gewinnen zu können, hatte die Bundesinnenministerin verschiedene Antworten im Gepäck. Sie will sich unter anderem für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen: „Bei der Besoldung können wir nicht mit der freien Wirtschaft mithalten – aber bei der Vereinbarkeit von Arbeit und Beruf etwa können wir ein besseres Umfeld für die jungen Leute schaffen.“ Faeser plädierte sogar für eine verstärkte Verbeamtung im Wettbewerb um den Nachwuchs: „Das kann ein guter Anreiz sein, auch wenn es nicht überall gleich geboten ist.“ Eine weitere Möglichkeit ist natürlich

auch, dass der Staat sich bei Personalgewinnung breiter, vielfältiger ausrichten muss. Sowohl der Finanz- als auch die Innenministerin kündigten mehr Diversität im öffentlichen Dienst und Beamtentum an: „Eine geordnete und qualifizierte Einwanderung kann nach und nach mit gelingender Integration eine Chance für den öffentlichen Dienst sein, die Nachwuchsgewinnung zu verbessern und die Diversität der Gesellschaft abzubilden“, betonte Lindner.

Silberbach wandte sich allerdings gegen Quoten: „Wir müssen Überzeugungsarbeit leisten, dass der öffentliche Dienst ein Spiegelbild der Gesellschaft sein muss und wir Vielfalt brauchen – aber nicht mit einer Quote, die verordnet ist und Abwehrhaltung generiert“ (WELT, Stuttgarter Nachrichten, Stern).

Eine Frage der Attraktivität ist auch die alte vbob/dbb Forderung nach einer Absenkung der Arbeitszeit von derzeit 41 Stunden der Beamtinnen und Beamten, die auf praktisch jeder Jahrestagung zur Sprache kommt. „Wir warten seit Jahren auf ein Attraktivitätssignal“, bekräftigte dbb Chef

Ulrich Silberbach an die Adresse von Innenministerin Nancy Faeser. „15 Jahre 41 Wochenstunden als Sonderopfer zur Haushaltskonsolidierung sind genug – vielleicht schaffen Sie es ja, Lippenbekenntnissen eine vertrauensbildende Maßnahme folgen zu lassen.“ Faeser zeigte „großes Verständnis“ für die Forderung. „Ich verspreche, dass ich das Thema angehe.“ Es gebe gute Ansätze, etwa über Lebensarbeitszeitkonten, „... wie wir Positives erreichen können“. Allerdings erwähnte sie auch, dass der Stellenaufwuchs vor allem zu „spürbarer Entlastung führen soll“ (Stuttgarter Nachrichten, unter anderem).

Die Jahrestagung hat sowohl für den dbb als auch den öffentlichen Dienst an sich Aufmerksamkeit erzeugt. Das ist gut, richtig und wichtig. Es wird sich zeigen, welche Aufmerksamkeit die neue Bundesregierung ihrem Personal in den nächsten Jahren im Spannungsverhältnis von dringend notwendigen Modernisierungen, hohem Nachwuchsbedarf und (finanziellen) Verwerfungen durch die Pandemie oder anderer enormer politischer Herausforderungen, wie zum Beispiel dem Klimawandel, schenken wird. st





© Chaay_tee/stock.adobe.com

12

Seminarangebote 2022

Auch im neuen Jahr wird der vbob in Kooperation mit der dbb akademie Seminare und Fortbildungsangebote in unterschiedlichen Formaten anbieten.

Der vbob übernimmt für seine Mitglieder die Seminargebühren – sogenannte B-Seminare. Es fallen für die Seminarteilnahme pro Teilnehmer(in) folgende Eigenanteile an:

- > für 3-Tages-Seminare = 25 Euro
- > für 5-Tages-Seminare = 50 Euro

Diese Gebühren enthalten die Seminarkosten sowie bei Präsenzseminaren die jeweilige Übernachtung (Einzelzimmer) und Vollpension. Anfallende Fahrtkosten werden mit 0,30 Euro pro km (einfache Entfernung) bis zur Gesamthöhe von 175 Euro unabhängig von der Anreiseart unbar erstattet.

Aber auch vbob Seminare, in Eigenregie konzipiert und organisiert, werden immer mal wieder nach Bedarf angeboten. So findet in diesem Jahr das erste Mandatsträ-

gerseminar der vbob Personalräte, Jugend- und Auszubildendenvertretungen, Gleichstellungsbeauftragten und Vertrauenspersonen für schwerbehinderte Menschen in Präsenz statt.

Am **13. und 14. Mai 2022** werden sich die Teilnehmenden in Siegburg nicht nur all- gemein zu ihrer Arbeit austauschen können, das Seminar wird folgende Module umfassen:

- > Das novellierte BPersVG – inklusive Erfahrungsaustausch
- > Erwartungen der Mandats-träger(innen) an die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte
- > Die Arbeit des vbob – Bericht und Ausblick
- > Kooperationen des vbob – zentrale Bausteine
- > Bundesvertretertag 2022 – Aufstellung des vbob für die Zukunft

Die Kosten für die Veranstaltung, einschließlich Anreise mit der Deutschen Bahn und ÖPNV sowie Übernachtung und Verpflegung während der Tagung, werden vom vbob übernommen. Eine Mandatsbescheinigung kann bei Bedarf erstellt werden.

Sollten Sie Interesse an diesem Seminar haben, so melden Sie sich bitte bis zum **1. April 2022** unter vbob.berlin@dbb.de an.

Darüber hinaus fördert der vbob sogenannte „Q-Seminare“. Hierunter ist das gesamte Jahresprogramm der dbb akademie zu verstehen. Dieses ermöglicht allgemein:

- > berufliche und persönliche Fortbildung
- > berufsbegleitende Lehrgänge/Zertifikatskurse
- > Veranstaltungen für spezielle Zielgruppen

Sie finden das komplette dbb Seminarprogramm online unter: <https://dbbakademie.de/>. Im Rahmen Ihrer vbob Mitgliedschaft können Sie auf diese Angebote zugreifen und davon individuell profitieren.

Für diese „Q-Seminare“ der dbb akademie können vbob Mitglieder einen Voucher beantragen. Es entstehen dann regelmäßig lediglich die Kosten, die beim Besuch eines B-Seminars entstünden.

Viele Informationen und weitergehende Hinweise hierzu finden Sie auch in den „vbob Seminarkriterien“. Diese sind für Sie auf der vbob Homepage einsehbar.

Als Ansprechpartner im vbob für alle Fragen rund um die Seminarplanung/Beantragung eines Vouchers steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Christian Maas
Mitglied der Bundesvorstandes
christian.maas@vbob.de und
seminare@vbob.de